

Ergebnisse und Auswertung

der 2. Runde der Europäischen HausParlamente

Liebe Gastgeberinnen und Gastgeber der 2. Runde,
liebe Europäerinnen und Europäer,

im Frühjahr 2019 hat die 2. Runde der "Europäischen HausParlamente" stattgefunden, des innovativen Bürgerbeteiligungsmodells von Pulse of Europe und seinem Kooperationspartner Democracy International e.V. Nach einem vorgegebenen Gesprächsleitfaden wurden Fragen zum Thema „Ein Europa, das schützt“ diskutiert und anschließend statistisch aufbereitet.

Mit diesem Ergebnisbericht schließen wir die 2. Runde ab. Nachdem vom 01. März 2019 bis zum 14. April deutschlandweit über 1.500 Bürgerinnen und Bürger in 260 privat organisierten HausParlamenten zusammenkamen, wurden die politischen Kooperationspartner für diese Runde mit den Ergebnissen konfrontiert und in einem jeweils rund halbstündigen Interview dazu befragt. Passend zur Europawahl 2019 waren dies vier Spitzenkandidaten politischer Parteien: Nicola Beer (Spitzenkandidat der FDP), Katarina Barley (Spitzenkandidatin der SPD), Manfred Weber (europäischer Spitzenkandidat der EVP) und Sven Giegold (Spitzenkandidat für Bündnis 90/Die Grünen). Die Abstimmungsergebnisse der HausParlamente sowie die Stellungnahmen der Spitzenkandidaten werden in diesem Bericht aufbereitet.

Nach einer Einführung zum Verfahren der HausParlamente und zur Auswertungsmethodik werden die Ergebnisse zu jeder Frage einzeln vorgestellt. Auch die jeweiligen Stellungnahmen der politischen Entscheidungsträger zu jeder Frage werden einzeln wiedergegeben. Die Interviews wurden aufgezeichnet und auf unserer Homepage veröffentlicht. Der Bericht schließt ab mit einer Übersicht über die Themen, die HausParlamentarier für die Diskussionen der nächsten Runde vorgeschlagen haben.

An dieser Stelle möchten wir, das Organisationsteam der HausParlamente, uns noch einmal ganz herzlich bei allen Gastgebern, Teilnehmern und Unterstützern der HausParlamente bedanken! Ihr habt damit zu einer besseren europäischen Bürgerbeteiligung beigetragen. Wir bedanken uns auch für alle Verbesserungsvorschläge. Die HausParlamente wurden explizit als ein selbst lernendes Verfahren entworfen und Euer Feedback hilft uns, besser zu werden.

Wir freuen uns auf die nächste Runde und hoffen, dass Ihr alle wieder dabei seid.

Let's be the Pulse of Europe!

Euer HausParlamente-Team

Die Europäischen HausParlamente

HausParlamente bieten ein innovatives und effektives Verfahren der Bürgerbeteiligung, das der Verbesserung von Gesetzgebungsprozessen durch einen koordinierten Informationsaustausch zwischen Wählern, politischen Entscheidungsträgern und Experten dient. Jeder, der Lust und eine konstruktive Meinung zu europapolitischen Themen hat, kann und soll mitmachen und politische Entscheidungen beeinflussen.

HausParlamente sind eine Maßnahme, um die Kluft zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu schließen. Damit ist dieses Verfahren in besonderem Maße geeignet, die Bürger der Europäischen Union und die politischen Entscheidungsträger in Brüssel konstruktiv zu verbinden. Im Gegensatz zur Abfrage von Meinungen in Umfragen findet in HausParlamenten eine lebhaftere Diskussion statt. Wer teilnimmt, wird vorab durch leicht verständliches, sorgfältig aufbereitetes Informationsmaterial in das Diskussions-thema eingeführt. In den HausParlamenten kommen vielfältige Positionen zusammen. Die Teilnehmer können die eigene Meinung zu europapolitischen Fragen im Diskurs verändern, verfeinern und erweitern.

Das Projekt der Europäischen HausParlamente ist eine Zusammenarbeit zwischen Pulse of Europe und Democracy International.



Das Verfahren der HausParlamente

- Die Gastgeber wurden auf die HausParlamente über Medienberichte, Social Media und E-Mails aufmerksam gemacht und haben sich online registriert.
 - Diskussionen sind nur dann effektiv, wenn eine Gruppe nicht zu klein oder zu groß ist - nach den Erkenntnissen der Beteiligungsforschung. Daher haben wir für die HausParlamente die "Spielregel" festgelegt: nicht weniger als vier, nicht mehr als acht Teilnehmer.
 - Die HausParlamente wurden anhand eines einheitlichen Musters (Hintergrundinformationen, Moderations- und Abstimmungsunterlagen) durchgeführt.
- Das Thema gliederte sich in drei Fragen, die einzeln diskutiert und abgestimmt wurden.
- Die Gastgeber übermittelten Pulse of Europe die Abstimmungsergebnisse sowie die wichtigsten Argumente über ein Online-Verfahren
- Die eingereichten Ergebnisse wurden überprüft und systematisch ausgewertet.



Überblick: 2. Runde der HausParlamente

Zeitraum: 01. März - 14. April 2019 (Einsendeende: 19. April 2018)

Thema: „Ein Europa, das schützt“

Das Thema der 2. Runde: Die EU wird bisher stark mit (wirtschaftlichen) Freiheiten assoziiert. Freier Verkehr für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen. Ein beachtlicher Teil der europäischen Bevölkerung erwartet jedoch von der EU mehr Sicherheit und Schutz vor den Auswirkungen der Globalisierung. Aus dem Themenfeld „Ein Europa, das schützt“ wurden daher drei Unterthemen ausgewählt und zur Diskussion gestellt. Diese drei Unterthemen waren:

- Schutz vor den Folgen von Arbeitslosigkeit durch einen Arbeitslosen-Fonds
- Schutz des Klimas durch eine CO₂-Steuer sowie
- Schutz der Außengrenzen durch eine Stärkung von FRONTEX

Die politischen Kooperationspartner Passend zur Europawahl 2019 hat sich ein Quartett an Spitzenkandidaten politischer Parteien gefunden, das sich bereit erklärte, zu den Ergebnissen der HausParlamente Stellung zu nehmen. Dieses Quartett bestand aus:



Katarina Barley
Spitzenkandidatin der SPD | Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz



Manfred Weber
Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) | Fraktionsvorsitzender der EVP



Nicola Beer
Spitzenkandidatin der FDP | MdB | stellv. Bundesvorsitzende der FDP



Sven Giegold
Spitzenkandidat Bündnis 90/Die Grünen | MdEP

Rückmeldung der Kooperationspartner Die Rückmeldung der politischen Kooperationspartner an die Teilnehmer der HausParlamente erfolgte durch rund 30-minütige Interviews. Die Interviews wurden aufgezeichnet und online veröffentlicht. Zitate aus den Interviews finden sich wiederum ebenfalls in diesem Bericht wieder.

3. Auswertung

Stichprobe



- An der 2. Runde der HausParlamente nahmen 1.535 Diskutanten in 260 HausParlamenten teil.
- Dabei tagten auch zwei HausParlamente in Österreich und jeweils eins in der Schweiz, in Italien und Schottland

Art der Auswertung

Bei jeder Frage wurden folgende Ergebnisse ausgewertet:

Quantitative Abstimmungsergebnisse:

- Auf Ebene des HausParlaments: Ein Kreisdiagramm zeigt, wieviel Prozent der HausParlamente einer Frage zugestimmt, diese abgelehnt oder neutral gestimmt haben.
- Auf Ebene der einzelnen Teilnehmer:
 - Ein Histogramm zeigt die individuellen Zustimmungswerte der Teilnehmer zu den jeweiligen Fragen auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht) bis 10 (ja, unbedingt). Ziel ist es, einen visuellen Eindruck davon zu vermitteln, wie kontrovers eine Frage möglicherweise diskutiert wurde.
 - Daneben konnten die Teilnehmer angeben, ob ihnen ein Vorschlag ausreichend weit, nicht weit genug oder zu weit ging. Diese Ergebnisse werden ebenfalls in einem Kreisdiagramm dargestellt

Qualitative Ergebnisse (stichpunktartige wichtigste Argumente):

- Gezeigt wird eine Auswahl der häufigsten Argumente. Die Argumente werden in zwei Kategorien aufgeteilt:
 - 1) "Pro"-Argumente und 2) "Contra"-Argumente
- Außerdem wurden die HausParlamente eingeladen, über die Argumente hinausgehende Hinweise zu protokollieren, die stichwortartig geclustert und ausgewertet wurden.

Schließlich wurden die Bewertung des Verfahrens und die Themenvorschläge der Teilnehmer für die nächste Diskussionsrunde ausgewertet.

Deutschlandkarte mit Orten der HausParlamente



4. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der HausParlamente und Stellungnahmen der vier beteiligten Spitzenkandidaten zu den Wahlen zum Europäischen Parlament aufgeführt.



Frage 1

Soll die EU einen Arbeitslosen-Fonds einführen, der in Notzeiten von betroffenen Ländern genutzt werden kann, um die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mildern?

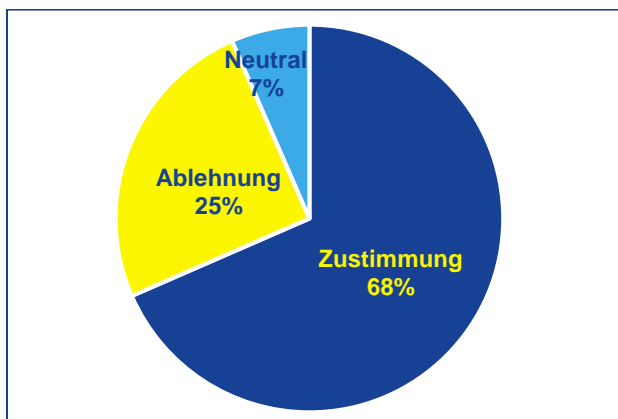
Erläuterung



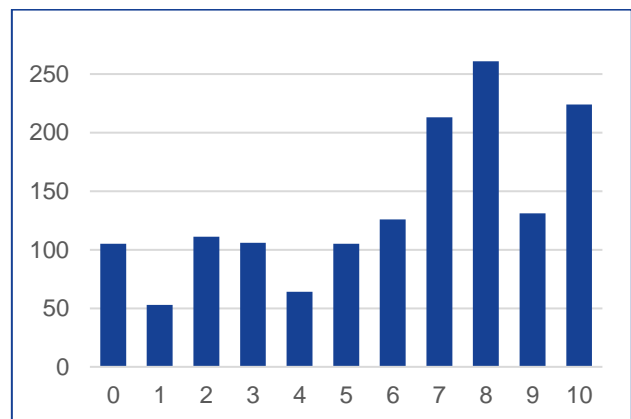
Die EU fördert bereits langfristig die Entwicklung von regionaler Infrastruktur in weniger entwickelten Regionen sowie die berufliche Qualifizierung von EU-Bürgern. Aber für die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit in akuten Krisen gibt es keine ausreichenden Mechanismen. Ein zusätzlicher EU-Fonds, der aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft finanziert würde, könnte bei schweren Krisen Kredite gewähren, mit denen die nationalen Arbeitslosenversicherungen unterstützt werden.



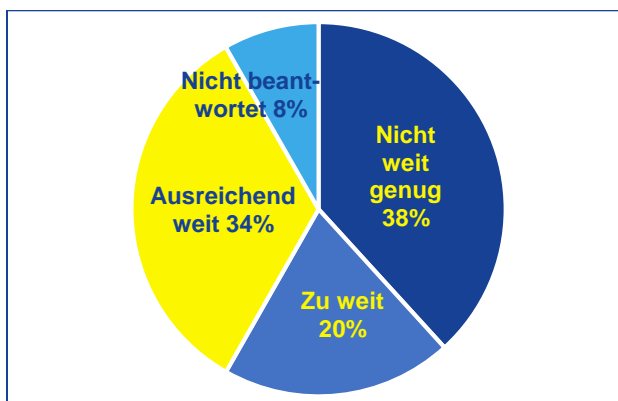
Die Position der HausParlamente zu Frage 1



Abstimmungsergebnis aller HausParlamente
n=260



Individuelle Abstimmungsergebnisse (0 = überhaupt nicht, 10 = ja, unbedingt, n=1.535)



Der Vorschlag geht den Teilnehmern...

Zwischenfazit der quantitativen Auswertung:

- Große Zustimmung (68%) zum Vorschlag eines Arbeitslosen-Fonds
- Die individuellen Abstimmungsergebnisse verdeutlichen eine lebhafte Debatte, der Medianwert liegt bei 7
- Der Vorschlag wurde offensichtlich auch von einigen HausParlamenten abgelehnt, da er nicht weit genug ging

Die wichtigsten Argumente in der Diskussion: PRO, KONTRA

PRO

Eine mögliche Negativspirale von Arbeitslosigkeit, dadurch Verlust an Kaufkraft und weitere Abkühlung der Wirtschaft kann durchbrochen werden.

Die Vergemeinschaftung von Risiken ist in einer Wirtschafts- und Währungsunion notwendig und kann zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse beitragen.

Der Fond ist ein Aufbruch in eine Sozialunion, welche die Solidarität zwischen EU-Bürgern fördern und das Wir-Gefühl stärken würde.

Der Fonds würde helfen schwere Krisen abzufedern. Durch die Sicherung der Absatzmärkte profitieren auch Exportnationen wie Deutschland.

KONTRA

Mindert den Anreiz zu erfolgreicher nationaler Wirtschafts und Arbeitsmarktpolitik.

Ein Arbeitslosen-Fonds bekämpft nur die Symptome und nicht die Ursachen, besser wären erweiterte Strukturfonds.

Der Fonds birgt großes Missbrauchspotential. Es bedürfte einer sehr engmaschigen Kontrolle und damit erheblicher Bürokratie.

Der Fonds könnte die Solidaritätsbereitschaft überspannen und Europäischeinschaft fördern.



Weitere Hinweise

- Wichtig ist, dass klare Kriterien sowie Voraussetzungen und Rahmenbedingungen definiert werden, Zweckgebundenheit und Transparenz gewährleistet, Missbrauch vermieden und Rückzahlung sichergestellt wird.
- Ein solcher Schritt sollte nur Einstieg/Teil eines breiter angelegten Prozesses hin zu einer Sozialunion/einem sozialen Europa sein. Weiterführende Vorschläge wären z.B.: ein vereinheitlichter Mindestlohn, Ausbau der Bildung, Verringerung der Differenzen zwischen den Staaten durch Wirtschaftsförderung, einheitliches EU-Steuersystem.

Fazit: Deutliche Zustimmung

Anhand der Abstimmungsergebnisse und wichtigsten Argumente wird deutlich, dass die HausParlamentarier in erster Linie eine Chance darin sehen, dass mit einem Arbeitslosen-Fonds die Solidarität und das Wir-Gefühl zwischen Unions-Bürgern gestärkt wird. Voraussetzung wäre allerdings, dass Anreize für nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gewahrt und die Bekämpfung der Ursachen von Arbeitslosigkeit vorangestellt werden.

Stellungnahme der Spitzenkandidaten

Auszüge der Stellungnahmen:



„Ich will ein soziales Europa! Das Europa von heute wird zu wenig als Europa gesehen, das auf sozialer Marktwirtschaft basiert. Aber zur sozialen Marktwirtschaft gehört auch, dass die politische Kompetenz und Verantwortung auf einer Ebene zusammengehören, beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik und die Arbeitslosenversicherung auf nationaler Ebene. Deshalb lehne ich eine Vergemeinschaftung der Arbeitslosenversicherung in Europa ab. Ich sehe aber andere Beispiele, wo Europa soziale Verantwortung übernehmen muss. Europa trägt Verantwortung in der Handelspolitik. Wenn aus Handelsverträgen negative Wirkungen für bestimmte Branchen entstehen, könnte die EU einen Fonds einrichten, der den Arbeitern in diesen Branchen Unterstützung anbietet. Wieder: Entscheidungskompetenz und soziale Verantwortung müssen auf einer Ebene zusammengehören. Daher gibt es von mir eine 2.“



„Wir Sozialdemokraten wollen eine soziale EU. Das ist die Weiterentwicklung dieser ursprünglich als Wirtschaftsraum gegründeten Union hin zu einem sozialen Europa. Die 2017 unterschriebene Säule sozialer Rechte muss jetzt mit Leben gefüllt werden und konkrete Maßnahmen folgen. Es geht uns darum, eine Rückversicherung zu schaffen. Wenn ein nationales Versicherungssystem in die Knie geht, und zwar unverschuldet, weil zum Beispiel wieder eine Finanzkrise kommt, dann haben wir alle ein Interesse daran, dass diese Länder nicht immer weiter in einer Abwärts-spirale in eine Krise rutschen. Die Arbeitslosenrückversicherung ist eine der zentralen Forderungen der SPD, insofern ist das bei uns ganz klar mit einer 10.“



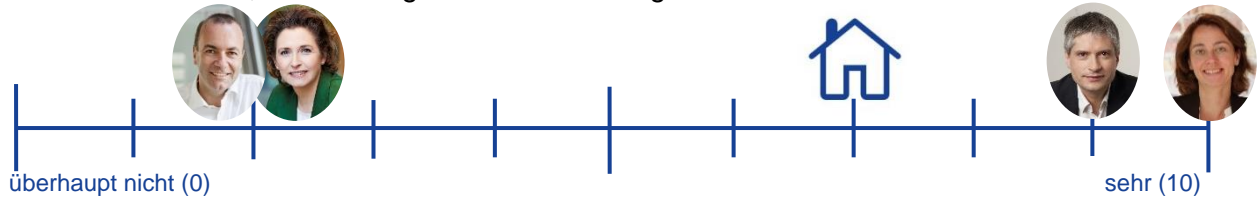
„Ich glaube, es ist eine Fehlvorstellung, dass eine Arbeitslosenversicherung vor Arbeitslosigkeit schützt. Meines Erachtens kann die EU mit den Kohäsionsfonds und zielgerichteten Qualifikationsmaßnahmen viel wirksamer helfen. Wir setzen die Mittel der EU viel zu oft strukturkonservierend ein, anstatt Strukturwandel voranzutreiben. Als drittes benötigen wir eine Vereinfachung der Anwartschaften zwischen den Sozialsystemen und eine grenzüberschreitende Anerkennung von Berufsabschlüssen. Daher hilft dieses Modell nur sehr beschränkt. Unser Ansatz als Freidemokraten ist es, die Menschen wieder stark zu machen. Deshalb gibt es von mir eine 2.“



„Ein Arbeitslosenfonds, der in Krisenzeiten eingreift, ist wirtschaftspolitisch sinnvoll, da er dafür sorgt, dass ein Land nicht zu tief in eine Abwärtsspirale gerät und selbstständig wieder aus einer Krise herauskommt. Ein Fonds, der dauerhaft Transfers organisiert, setzt dagegen vielleicht falsche Anreize. Von mir gäbe es daher eine 9. Für eine 10 kommt es auf die konkrete Ausgestaltung an. Ein klug gemachter Arbeitslosenfonds, der als Rückversicherung organisiert ist, sodass er nicht auf Dauer die Arbeitsmarktkosten trägt, sondern gezielt in Krisensituationen eingreift, findet unsere Unterstützung und steht bei den Grünen im Wahlprogramm.“

Skalierungsfrage an die Spitzenkandidaten:

Soll die EU einen Arbeitslosen-Fonds einführen, der in Notzeiten von betroffenen Ländern genutzt werden kann, um die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mildern?



Frage 2

Soll die EU eine CO2-Steuer zum Klimaschutz einführen?

Erläuterung

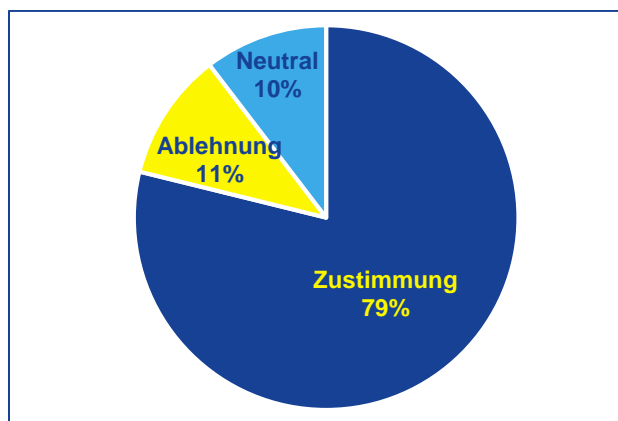


Gegenwärtig verfolgt die EU Klimaschutz vor allem mit dem EU-Emissionshandelssystem und dem EU- Klimawandelprogramm. 2003 wurde außerdem die Energiesteuerrichtlinie eingeführt, die in erster Linie die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes für Energie sicherstellen sollte, aber gemäß eines Überarbeitungsvorschlags der Europäischen Kommission aus 2011 auch noch bessere Lenkungswirkung im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes entfalten könnte.

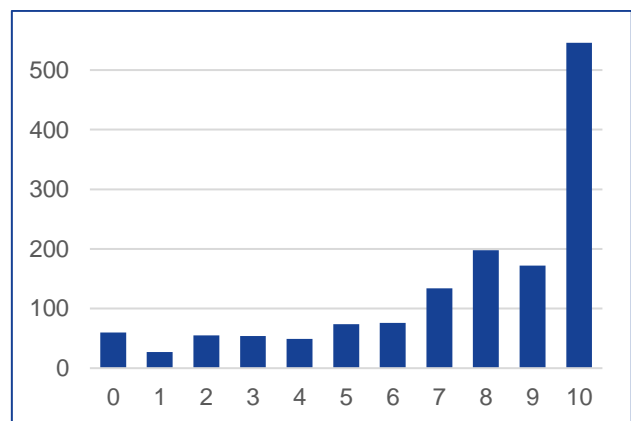
Die vorgeschlagene Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie sieht vor, die Mindest-Besteuerung von Strom, Kraftstoffen und den meisten Heizstoffen am Energiegehalt und am Schadstoff-Ausstoß (CO₂-Emissionen) der Energieträger auszurichten.



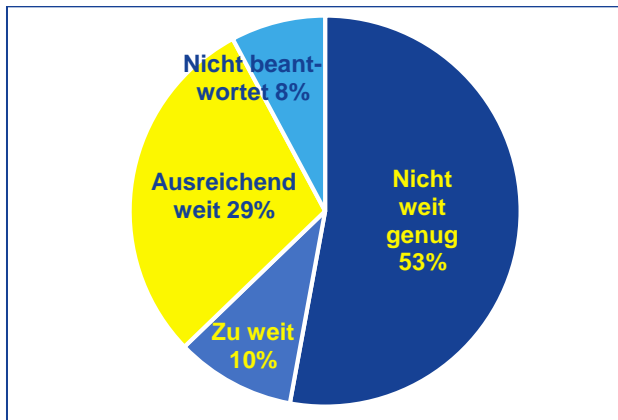
Die Position der HausParlamente zu Frage 2



Abstimmungsergebnis aller HausParlamente
n=260



Individuelle Abstimmungsergebnisse (0 = überhaupt nicht, 10 = ja, unbedingt), n=1.535



Der Vorschlag ging den Teilnehmern...

Zwischenfazit der quantitativen Auswertung:

- Sehr klare Zustimmung (79%) für die Einführung einer CO₂-Steuer auf EU-Ebene
- Die individuellen Abstimmungsergebnisse verdeutlichen ebenfalls eine sehr deutliche Zustimmung, der Medianwert liegt bei 9
- Trotz der großen Zustimmung geht die Forderung den HausParlamenten überwiegend noch nicht weit genug

Die wichtigsten Argumente in der Diskussion: PRO, KONTRA

PRO

Das Klima hält sich nicht an nationale Grenzen; sein Schutz gelingt nur bei über-nationaler Zusammenarbeit

Steuerpolitik ist der effektivste Weg, das Verhalten der Bürger und der Industrie hin zu mehr Klimaschutz zu lenken.

Steuereinnahmen können zweckgebunden für Klimaschutzmaßnahmen (zusätzliche Förderprogramme, Verkehrskonzepte, erneuerbare Energien) verwendet werden

Bietet einen Anreiz zur Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien.

KONTRA

Sozial ungerecht, trifft besonders die sozial Schwächeren (Menschen/ EU-Länder), Reichere können sich "freikaufen".

Durch die Belastung der Industrie wird die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Vergleich zu Ländern/Regionen ohne CO₂-Steuer geschwächt.

Eine einheitliche Besteuerung berücksichtigt keine regionalen Unterschiede wie erhöhten Bedarf an Heizenergie (im Norden) oder Verkehr (Gebiete mit geringer Siedlungsdichte).



Weitere Hinweise

- Eine sozialverträgliche Abfederung muss gewährleistet sein
- Die Steuereinnahmen sollen direkt in weitere Maßnahmen und Forschung zur Senkung des CO₂-Ausstoßes fließen
- Eine CO₂-Steuer allein wird nicht reichen. Sie muss in weitere Maßnahmen zum Energiesparen und zum Umweltschutz integriert werden.
- Keine Ausnahmen für Industrie, Landwirtschaft und Luft- und Seeverkehr

Fazit: Deutliche Zustimmung

Die Einführung einer CO₂-Steuer trifft auf sehr deutliche Zustimmung bei den HausParlamenten. Die wichtigsten Argumente sind dabei, dass Klimaschutz eine globale Herausforderung ist und Steuerpolitik das effektivste Instrument, um Verhaltensänderungen zu bewirken. Allerdings wird auch betont, dass es einen Ausgleich für sozial Schwächere sowie für regionale Unterschiede geben sollte.

Stellungnahme der Spitzenkandidaten

Auszüge der Stellungnahmen:



„Die EU von heute ist führend auf der Welt beim Klimaschutz. Wir haben das Pariser Klimaschutzabkommen möglich gemacht. Bei der Erreichung unserer Ziele würde ich weniger über neue Steuern regeln. Ich würde über Anreize, Technologien und Zertifikatsysteme steuern, weil dann sichergestellt ist, dass dort CO₂ reduziert wird, wo es für die Volkswirtschaft am effizientesten ist. Bei der gesamten Diskussion um Klimaschutz müssen wir ambitioniert sein, aber wir müssen auch die sozialen Fragen im Blick behalten. Wenn durch zu hohe Energiepreise die Schwächeren in unserer Gesellschaft die Verlierer sind, kann das nicht der richtige Weg zu mehr Klimaschutz sein. Daher gebe ich eine 3.“



„Wir brauchen jetzt Maßnahmen, die auch schnell wirken und da ist das Angreifen an den Finanzen immer ein sehr wirksames Schwert, das man ziehen kann. Ich halte daher eine CO₂-Steuer für richtig. Wir müssen das dann so machen, dass es sozial verträglich ist und nicht diejenigen, die schon heute die höchsten Kosten tragen, weil sie zum Beispiel an den lautesten und verschmutztesten Straßen wohnen, noch höhere Kosten haben. Ich würde mich daher zwischen 9 und 10 einordnen, weil es am Ende darauf ankommt, dass man es klug ausgestaltet. Dass wir es aber brauchen, ist sicher.“



„Meines Erachtens ist die CO₂-Steuer der falsche, weil unwirksame Weg. Wie wir sehen können, hat die Besteuerung von Energie, Strom und Mineralöl in Deutschland nicht zur Reduktion von CO₂-Emissionen geführt. Außerdem werden kleine und mittlere Einkommen dabei besonders belastet. Wir wollen daher die Emissionen verknapen und das funktioniert am besten über den Emissionshandel. Dieser muss jetzt ausgeweitet werden auf die Bereiche Verkehr, Wohnung und Landwirtschaft. Somit ist auch technologieoffenes Verfahren gewährleistet und es entsteht kein bürokratisches Umverteilungssystem. Aus diesen Gründen bin ich definitiv bei 0“



„Auch hier gibt es von mir eine 9. Es kommt wieder auf die konkrete Ausgestaltung an. Entscheidend ist, dass das Geld nicht für irgendetwas im Haushalt verschwindet, sondern an die Bürgerinnen und Bürger komplett und mit pro Kopf gleichen Beträgen zurückgegeben wird. Nur dadurch wird sichergestellt, dass Menschen mit kleineren Einkommen nicht einen größeren Teil für diese Steuer bezahlen müssen als Menschen mit einem höheren Einkommen, die tendenziell öfter mit dem Flugzeug reisen, einen SUV fahren oder eine große Wohnung heizen. Damit ist die CO₂-Steuer bei richtiger Ausgestaltung auch sozial gerecht.“

Skalierungsfrage an die Spitzenkandidaten

„Inwieweit stimmen Sie der Einführung einer CO₂-Steuer zu?“



überhaupt nicht (0)

sehr (10)



Frage 3

Soll zum Schutz der Außengrenzen der EU die Grenzschutzagentur FRONTEX personell und in ihren Befugnissen ausgebaut werden?

Erläuterung

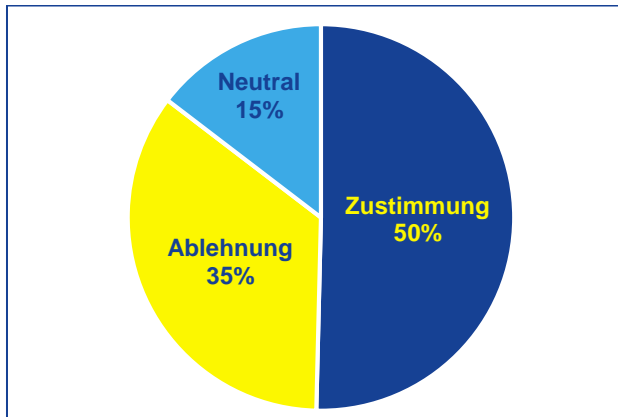


Hintergrund: Bisher besteht FRONTEX aus 1.200 von den Mitgliedsstaaten ausgeliehenen Beamten, die die operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen koordinieren, gemeinsame Standards setzen, Grenzschutzbeamte ausbilden und die Entwicklung an den EU-Außengrenzen beobachten. Im September 2018 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, FRONTEX auf 10.000 Einsatzkräfte aufzustocken und deren Befugnis insoweit auszuweiten, dass sie notfalls auch ohne Zustimmung eines Mitgliedsstaats auf dessen Hoheitsgebiet tätig werden könnten, und sie auch zu bewaffnen.

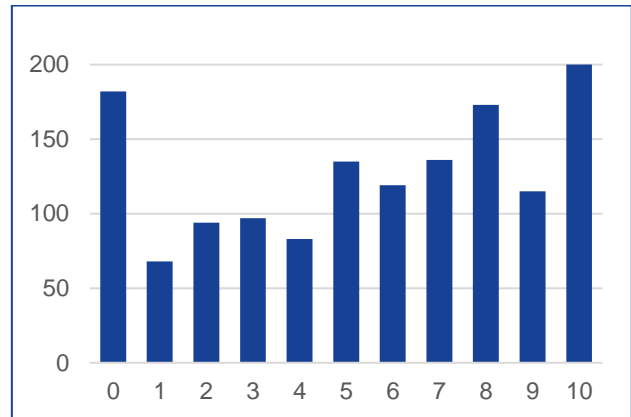




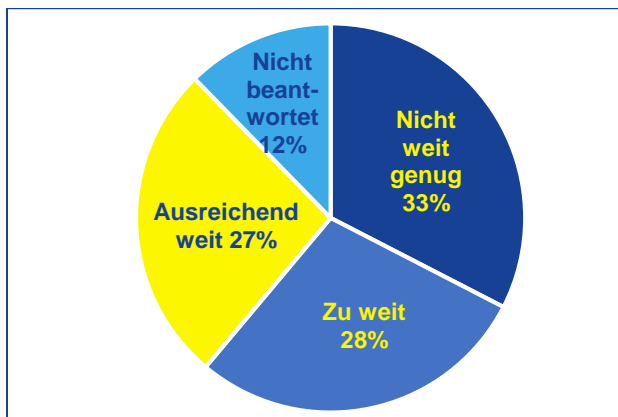
Die Position der HausParlamente zu Frage 3



Abstimmungsergebnis aller HausParlamente
n=260



Individuelle Abstimmungsergebnisse (0 = überhaupt nicht, 10 = ja, unbedingt), n=1.535



Der Vorschlag ging den Teilnehmern...

Zwischenfazit der quantitativen Auswertung:

- Knappe Mehrheit (131 von 260 HausParlamenten) für den personellen und strukturellen Ausbau von Frontex
- Die individuellen Abstimmungsergebnisse verdeutlichen eine äußerst kontroverse Debatte mit zwei Extremwerten an den Enden, der Medianwert liegt bei 6
- Die Frage, ob der Vorschlag weitreichend genug ist, ist sehr ausgeglichen

Weitere Hinweise

- Zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Außengrenzschutzes gehört auch der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Migration- und Asylrechtspolitik samt Verteilsystem (analog Königssteiner Schlüssel).
- Viele Unklarheiten in der Fragestellung. Verquickung vieler Themen. Viel Regelungsbedarf, welche Befugnisse Frontex eingeräumt werden sollen.
- Nur unter Kontrolle des EU-Parlaments, ein eigenmächtiges Handeln einer Behörde ist nicht im Sinne der EU.

Die wichtigsten Argumente in der Diskussion: PRO, KONTRA

PRO

Nach Abschaffung der Binnengrenzen ist es selbstverständlich, dass die Außengrenzen Gemeinschaftsaufgabe sind.



Die Länder im Zentrum Europas sollten sich solidarisch zeigen mit Ländern, die eine größere EU-Außengrenze haben und diese entlasten.

Eine gemeinsame Grenzschutzagentur sichert einheitliche Standards bei der Grenzsicherung.

KONTRA

Es ist unklar, wer Einsätze und möglicherweise Fehlverhalten von FRONTEX politisch zu verantworten hat.

Die nationalstaatliche Souveränität der Mitgliedstaaten wird damit unterminiert.

Ein verstärkter Grenzschutz dient überwiegend der Abschottung oder Abschreckung, die Fluchtursachen werden damit jedoch nicht bekämpft.

Fazit: Zustimmung bei starker Polarisierung

Anhand der Abstimmungsergebnisse und wichtigsten Argumente wird deutlich, dass die HausParlamentarier das Thema sehr kontrovers diskutiert haben. Sehr deutlich wird, dass der Grenzschutz als gemeinsame Aufgabe betrachtet wird. Allerdings ist die Frage der Verantwortlichkeit für FRONTEX ungeklärt. Außerdem wird eine Abschottung befürchtet, die allerdings nicht die Migrationsursachen bekämpft.

Stellungnahme der Spitzenkandidaten

Auszüge der Stellungnahmen:



„Ich will kein Europa, das sich abschottet, aber ich will ein Europa, das die Außengrenzen kontrolliert. Dass der Staat die Grenzen kontrolliert und nicht die Schlepperbanden entscheiden, wer nach Europa kommt, ist ein Prinzip, das wir umsetzen müssen. Wir haben derzeit ein Wirrwarr an Kompetenzen an den Außengrenzen. Im Mittelmeer muss Europa, weil es sich um die europäische Außengrenze und zumeist die Grenze des Schengenraums handelt, mit eigenen Beamten präsent sein. Das Grundprinzip ist, dass für mich elementar ist, dass wir heute in einem offenen und freien Europa leben, in wesentlichen Bereichen ohne Binnengrenzenkontrollen. Wer das erhalten will, der muss an der Außengrenze gemeinsame Verantwortung übernehmen. Deswegen ja, wir brauchen die Stärkung von FRONTEX. Von mir gibt es eine klare 10.“



„Ich will auf jeden Fall offene Grenzen im Inneren haben. Ich wohne selbst in einem Vierländereck. Bei uns fahren täglich 200.000 Menschen über die Grenze nur zum Arbeiten. Das zeigt, wenn wir wieder Grenzkontrollen hätten, wäre das eine Katastrophe. Deswegen ist Außengrenzschutz auch wichtig. Dabei spielt FRONTEX auch eine Rolle. Ich bin allerdings dagegen FRONTEX so zu munitionieren, wie das einige fordern. Die Frage der Verteilung von Geflüchteten ist dabei für mich gesondert zu betrachten. Wir schlagen dafür einen Mechanismus vor, der Städte prämiert, die bereit sind Menschen aufzunehmen. Daher würde ich mich bei 7 positionieren.“



„Der Grenzschutz ist eine europäische Aufgabe. Wir müssen vor Ort FRONTEX verstärken, aber bitte etwas schneller, als das jetzt geplant ist. 2025-2027 ist viel zu spät! Es darf jedoch nicht die einzige Maßnahme bleiben. Wir benötigen gleichzeitig ein gemeinsames Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht mit einem Punktesystem. Damit werden klare, transparente, aber auch faire und humane Regeln gesetzt, die ebenso steuern und ordnen. Somit untergraben wir diese Schlepperwirtschaft und die Menschen wären nicht mehr gezwungen sich in irgendwelchen Nusschalen in völlig gefährliche Situationen auf dem Mittelmeer zu begeben. Diese Prozesse müssen jetzt parallel laufen, wir haben schlicht keine Zeit mehr zu verlieren. Daher bin ich bei der 10.“



„Nur wenn eine gemeinsame Quotenverteilung der Flüchtlinge sichergestellt ist, kann ein gemeinsamer Außengrenzschutz Sinn machen. Einseitig auf FRONTEX zu setzen, im Sinne von „Wir lassen keinen mehr rein!“, das lehne ich ab. Im Rahmen einer gemeinsamen Flüchtlings- und Migrationspolitik, wo klar ist, wohin dann mit den Flüchtlingen, ist das sinnvoll und erstrebenswert. Da eine gemeinsame Grenzschutzagentur unter Kontrolle des Europaparlaments stünde, hätte ich auch gutes Vertrauen, dass der moralische Standard, der angelegt wird, höher ist, als bei einigen Ländern, die gegen Flüchtlinge hetzen. So wie das Thema heute aber real diskutiert wird, gilt es jedoch als einseitiges Instrument der Flüchtlingsabwehr. Daher gibt es von mir nur eine 3.“

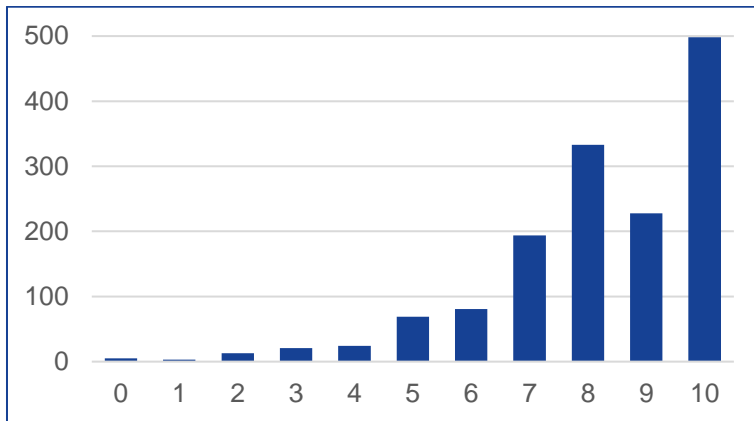
Skalierungsfrage an die Spitzenkandidaten

„Soll zum Schutz der Außengrenzen der EU die Grenzschutzagentur FRONTEX personell und in ihren Befugnissen ausgebaut werden?“



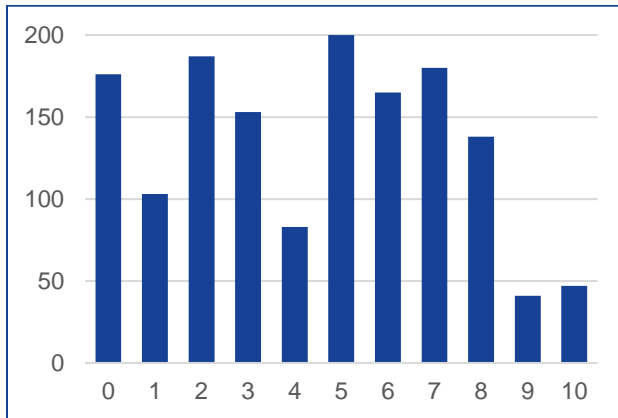
Feedback

Frage 4: Wie gut hat Dir der Beteiligungsprozess durch die HausParlamente bisher gefallen? (0 = überhaupt nicht, 10 = sehr), n=1.535

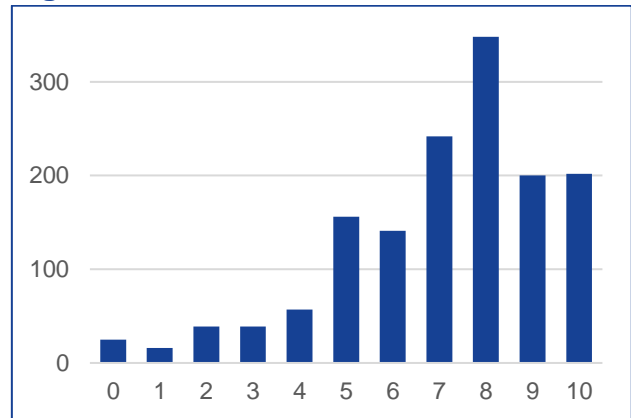


- Der Beteiligungsprozess hat den Teilnehmern besser gefallen, als in der 1. Runde
- Der Medianwert ist von 8 auf 9 gestiegen

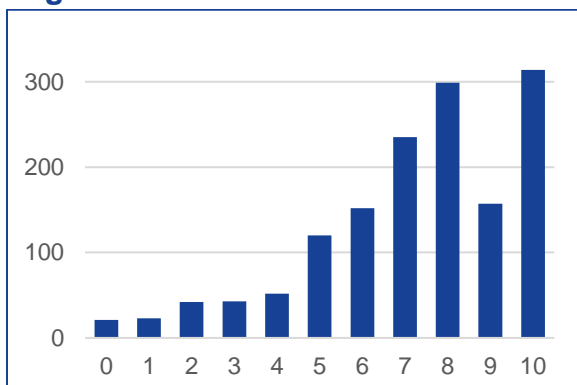
Frage 5a: Hast Du Deine Meinung zu einer/mehreren der Fragestellungen durch die Debatte geändert?



Frage 5b: Hast du nach der Debatte ein besseres Verständnis für die Argumente der anderen Teilnehmer?



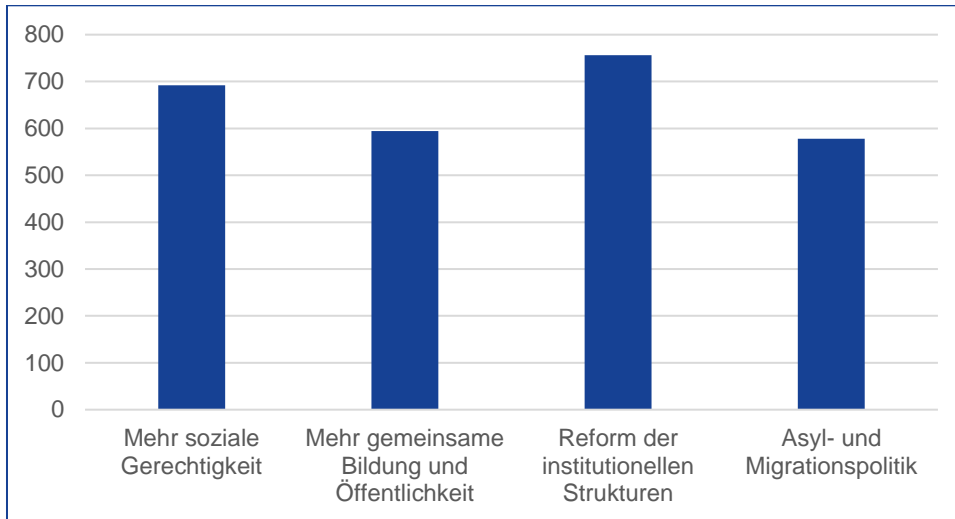
Frage 5c: Hast du nach der Debatte das Gefühl, ein bisschen schlauer zu sein, was einzelne Themen der EU angeht?



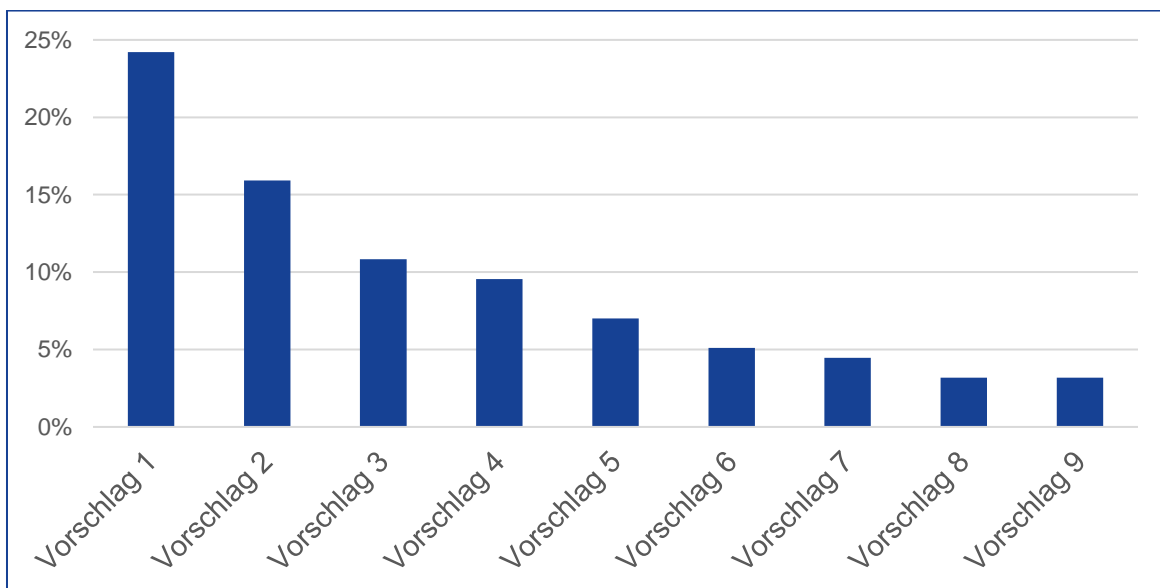
Fazit des Feedbacks:

- Die Meinung der meisten Teilnehmer hat sich nicht sehr stark geändert durch die Diskussion, der Medianwert liegt bei 5
- Die Diskussionen haben zu einem erheblich verbesserten Verständnis für die Argumente der anderen Teilnehmer geführt. Der Medianwert liegt zwischen 7 und 8
- Auch das Verständnis für Themen der EU hat sich durch die Debatte bei den meisten Teilnehmern erheblich verbessert. Der Medianwert liegt bei 8.

Frage 6: Welche Fragestellung würdet Ihr bei einer nächsten Runde intensiver bearbeiten wollen?



Anzahl der Nennungen der gegebenen Vorschläge zu künftigen Themen, n=1.535, Mehrfachnennungen möglich



Selbstständig hinzugefügte Themenwünsche für die 3.Runde, n=157

Vorschlag 1: Steuern, Finanz-, Wirtschaftspolitik. EU-Haushalt

Vorschlag 2: Umwelt, Klima, Artenschutz, Nachhaltigkeit

Vorschlag 3: EU-Landwirtschaftspolitik, angesichts Afrikas und Ökologie

Vorschlag 4: EU Verteidigungs- und Außenpolitik

Vorschlag 5: Datenschutz, Digital, Urheberrechtrichtlinie, KI

Vorschlag 6: Lehre aus dem Brexit

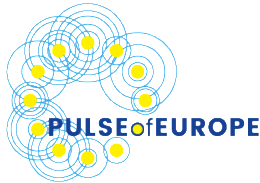
Vorschlag 7: Zählung der Widerspenstigen

Vorschlag 8: Entbürokratisierung der EU

Vorschlag 9: Energie und Ressourcenpolitik

Die Europäischen HausParlamente sind ein Projekt von:

Organisatoren



- **Pulse of Europe e.V.**, Frankfurt / Main, 2016 gegründete Bewegung mit Aktivisten an 130 Standorten in 21 Staaten. Der Verein ist als solcher seit 2017 eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Für das Projekt der HausParlamente wurde eine Arbeitsgruppe innerhalb des Vereins entwickelt.
- **Democracy International e.V.**, Köln, widmet sich unter Anderem der Modernisierung und Professionalisierung von Demokratieentwicklung. Democracy International unterstützt Pulse of Europe bei der Umsetzung und Verbreitung der HausParlamente.

Konzept

Das wissenschaftliche Konzept der HausParlamente wurde von Dr. Raban Fuhrmann (Akademie Lernende Demokratie, eine Initiative von Democracy International) entwickelt.

Kontakt: hp@pulseofeurope.eu

Presseanfragen: presse@pulseofeurope.eu

Webseite: www.homeparliaments.eu

Pulse of Europe e.V.
Wolfsgangstr. 63
60322 Frankfurt am Main
www.pulseofeurope.eu
info@pulseofeurope.eu